

Rente

Ministerin blockt SPD-Antrag ab

VON MARKUS DECKER, 27.05.11, 23:42h, aktualisiert 27.05.11, 23:51h

BERLIN/MZ. Die schwarz-gelbe Koalition ist nicht bereit, rentenrechtliche Nachteile für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR zu beseitigen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) blockt einen entsprechenden Antrag der SPD-Bundestagsfraktion nach MZ-Informationen ab. Deren aus Nordrhein-Westfalen stammender Rentenexperte Anton Schaaf hatte den Antrag am 13. April in den Bundestag eingebracht. Demzufolge sei "zu gewährleisten, dass die Rentenansprüche von Altübersiedlern, die nach dem 31. Dezember 1936 geboren und bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, nach dem Fremdrentengesetz zu bewerten sind". Der Antrag wurde im zuständigen Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales bisher nicht beraten.

Wann sich das Plenum des Bundestages damit befassen wird, ist völlig unklar. Das Bundesarbeitsministerium stellt unter anderem in Abrede, dass den Betroffenen überhaupt finanzielle Verluste entstehen. In der CDU / CSU-Bundestagsfraktion existieren hingegen durchaus Sympathien für die SPD-Position - und zwar nicht zuletzt unter den ostdeutschen Abgeordneten. Allerdings herrschen Zweifel an der politischen Durchsetzbarkeit des Vorstoßes.

Es gebe auch Gegenargumente, heißt es. So seien Übersiedler in den Genuss von Eingliederungshilfen gekommen. Politische Häftlinge wiederum seien zum Teil freigekauft worden - mit Summen von bis zu einer Million D-Mark. Wenn man Letztere gegenrechne, brauche man über zusätzliche Forderungen bei der Rente gar nicht mehr zu reden. Auch ist nach Unionsmeinung zu befürchten, dass eine Befriedigung der einen Gruppe Begehrlichkeiten anderer Gruppen wecken würde.

Der rentenpolitische Sprecher der CDU / CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß, will nun vor der Debatte im Ausschuss ein "internes Fachgespräch" mit den politisch Beteiligten führen. Der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für den Aufbau Ost, Patrick Kurth, sagte der MZ: "Wir haben aufgrund der Ungerechtigkeiten im DDR-System nun Ungerechtigkeiten in wahnsinnig vielen Einzelfällen: bei Geschiedenen, Hausfrauen, Übersiedlern. Es ist aber außerordentlich schwierig, sämtliche Ungerechtigkeiten zu beseitigen." Er plädierte dafür, Missstände im Rahmen einer umfassenden Ost-West-Rentenangleichung zu beheben. Sonderregelungen seien laut Kurth "nicht möglich".

Schreiben Sie uns Ihre Meinung an: Mitteldeutsche Zeitung, 06075 Halle, Stichwort: Rente oder per Mail an: [Redaktion Leserbriefe](#)

Lesertelefon ab 10 Uhr: 0345 / 5654240

Am 31. Mai findet von 10 bis 12 Uhr zum Thema Rente ein Telefonforum mit Experten der Rentenversicherung statt.

Telefonnummern: 0345 / 5608 218

oder -5608 019